

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 29. September 2008

Zu einer Sitzung mit umfangreicher Tagesordnung konnte Bürgermeister Schellenberg den Gemeinderat, wobei 5 Mitglieder entschuldigt waren, begrüßen. Neben der Presse waren leider keine weiteren Zuhörer anwesend. Den Schwerpunkt der Sitzung bildete die Feststellung der Jahresrechnung 2007.

1. Bürgerfrageviertelstunde

Außer dem Vertreter der Tagespresse war kein Zuhörer anwesend. Von der Bürgerfrageviertelstunde wurde daher kein Gebrauch gemacht.

2. Feststellung der Jahresrechnung 2007 der Gemeinde Wurmlingen

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 wurde durch die Verwaltung fertig gestellt und dem Gemeinderat nun ausführlich erläutert. Das Gesamtvolumen der Jahresrechnung 2007 beläuft sich auf 8.238.590,71 € (Vorjahr 6.513.239,26 €). Davon entfallen auf

den Verwaltungshaushalt 6.081.971,33 € (Vorjahr 5.265.921,88 €)
und auf
den Vermögenshaushalt 2.156.619,38 € (Vorjahr 1.247.317,38 €)

Das Haushaltsergebnis des Jahres 2007 hatte einen sehr positiven Verlauf gezeigt gegenüber den Planansätzen. Bei den Einzelplänen 1 bis einschließlich 8 ergeben sich gegenüber dem Haushaltsplan wenige Veränderungen. Positiv anzumerken sind die Mehreinnahmen bei der Städteplanung aufgrund der Abrechnung der entsprechenden städtebaulichen Verträge und damit der Planungs- wie auch Grünordnungskosten. Positiv hat sich ebenfalls der milde Winter ausgewirkt, der zu einem geringeren Aufwand im Winterdienst führte. Positiv war auch die Entwicklung der Erlöse aus forstwirtschaftlichen Unternehmen. Mit einem Überschuss von 48.878 € gegenüber einem geplanten Überschuss mit 22.395 € hat sich der Erlös der Forstwirtschaft sehr gut entwickelt.

Bei den Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen im Einzelplan 1-8 sind besonders die sich durch den gesamten Verwaltungshaushalt sich abzeichnenden höheren Energiekosten zu nennen. Darüber hinaus die Versteuerung der unentgeltlichen Wertabgabe d.h. den Schulsport in der Schloß-Halle und der Elta-Halle sowie die höheren Aufwendungen bei den Straßeninstandsetzungen. Diese Wenigereinnahmen bzw. höheren Ausgaben waren zum einen nicht planbar und andererseits für verschiedene unabdingbare notwendige Maßnahmen notwendig.

Sehr erfreulich verlief der Einzelplan 9 des Verwaltungshaushaltes. Das Gewerbesteueraufkommen liegt mit 1.381.631,05 € um rund 381.000 € über dem Planansatz mit 1 Mio. Ebenso hat sich der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer aufgrund der insgesamt steigenden Einkommenssteuer auf Landesebene von geplant 1.588.000 € auf 1.717.804 € erhöht. Die Schlüsselzuweisungen vom Land lagen ebenfalls deutlich, aufgrund der positiven Steuersituation, über dem Planansatz. Diese konnten von geplant 301.000 € auf mit 567.598 € vereinnahmt werden. Insgesamt lagen auch die Umlagen unterhalb der Planansätze. Die korrespondierende Gewerbesteuerumlage war zwar aufgrund des höheren Gewerbesteueraufkommens mit 314.516 € höher als der Planansatz mit 235.500 €, aber die Finanzausgleichsumlage blieb mit 571.509,20 € deutlich unter dem Planansatz mit 636.300 €. Dies zeigte sich auch bei der Kreisumlage die geplant bei 881.500 € lag und mit 805.375,56 € abschloss. Auch die geplanten Zinseinkünfte mit 300.000 € konnten mit einem Abschlussbetrag in Höhe von 312.494,68 € übertroffen werden.

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt konnte daher deutlich gegenüber dem Planansatz mit 950.225 € übertroffen werden. Die **Zuführung zum Vermögenshaushalt** beträgt im Jahr 2007 **1.817.158,43 €** und damit um den Betrag von 866.933,43 € über dem Planansatz. Damit korrespondierend kann auch die geplante **Zuführung zu der Allgemeinen Rücklage** deutlich höher ausfallen. Hier betrug der Planansatz 230.225 €. Die Zuführung beläuft sich auf den Betrag von **941.197,52 €**.

Im Vermögenshaushalt 2007 konnten die geplanten Maßnahmen zum allergrößten Teil umgesetzt werden. Der pauschale Planansatz bei der Hauptverwaltung für die Anschaffung von beweglichen Sachen in Höhe von 10.000 € wurde nur mit einem Teilbetrag von 3.119 € benötigt. Ebenso wurde auch der Haushaltsansatz bei der Freiwilligen Feuerwehr in Höhe von 10.000 € nicht benötigt.

Die Maßnahmen an der Grund- und Hauptschule d.h. die Ersatzbeschaffungen von Stühlen sowie verschiedene Ergänzungen wurden getätigt. Die Haushaltsansätze wurden jedoch nicht komplett benötigt, so ergeben sich weniger Ausgaben bei dem Erwerb von beweglichen Sachen in Höhe von rund 6.000 € und ebenso in Höhe von rund 1.800 € bei den Renovierungsarbeiten d.h. bei den baulichen Maßnahmen.

Für die baulichen Maßnahmen in der Schloß-Halle konnte der Vorsteuerabzug getätigt werden. Dieser Vorsteuerabzug betrug im Haushaltsjahr 2007 96.633,76 €

Zu einer der Hauptpositionen bzw. Investitionsschwerpunkte im Haushaltsjahr 2007 zählt sicherlich die Modernisierung und Instandsetzung der Schloß-Halle mit dem 2. Bauabschnitt der sich über die Haushaltsjahre 2006 bzw. 2007 erstreckte. Im Haushaltsplan waren für diese Maßnahmen d.h. anteilig für den Bauabschnitt II im Haushaltsjahr 2007 Kosten in Höhe von 626.000 € eingestellt. Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2007 schließt mit einem Betrag in Höhe von 638.645 € ab.

Bei der Elta-Halle wurde die Anschaffung einer Reinigungsmaschine mit rund 7.500 € erforderlich. Im Einzelplan 6, d.h. Kosten der Umlegung konnten die städtebaulichen Verträge abgerechnet werden und die Erstattungen für das Umlegungsverfahren vereinnahmt werden. Diese Einnahmen betragen 100.473 €

Ebenso wurde im Jahr 2007 das Landessanierungsprogramm für das Sanierungsgebiet „Ortskern“ schlussgerechnet. Aufgrund der sehr guten Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung konnten insgesamt 54 private Maßnahmen innerhalb dieses Sanierungsgebietes umgesetzt werden. Darüber hinaus 7 kommunale Maßnahmen. Damit konnte sicherlich das Erscheinungsbild aber auch die Attraktivität des Ortskerns erhöht werden. Zunächst war davon ausgegangen worden, dass aufgrund der abgeschlossenen Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen die zugesagten Fördermittel nicht ganz ausreichend sind, sondern dass die Gemeinde Wurmlingen noch einen Betrag über dem Bewilligungsrahmen komplett selbst zu tragen hat. Das Ergebnis hat jedoch gezeigt, dass einige private Maßnahmen den bewilligten Rahmen nicht ausgeschöpft und unterhalb der förderfähigen Gesamtkosten lagen. Insofern wurde der Zuschuss des Landes Baden-Württemberg nicht komplett benötigt. Ebenso und korrespondierend damit wurden auch nicht sämtliche budgetierte Ausgaben erforderlich. Beim Landessanierungsprogramm wurden im Haushaltsplan 2007 Mittel in Höhe von 87.863 € beim Regierungspräsidium abgerufen. Der verbleibende Haushaltseinnahmerest wurde nach Abschluss des Sanierungsgebietes Ortskern aufgelöst in Höhe von 109.308 €

An Ausgaben sind im Jahr 2007 insgesamt 99.396 an private Maßnahmenträger ausbezahlt worden. Die Landsiedlung bzw. LBBW als Sanierungsbetreuerin erhielt Aufwendungen in Höhe von 18.623,71 €. Der verbleibende Haushaltsausgaberesult in Höhe von 64.999,78 € konnte damit nach Abschluss des Sanierungsgebietes Ortskern aufgelöst werden.

Im Einzelplan 6 konnte darüber hinaus die budgetierte Erstattung des Erschließungsträgers noch nicht abgerechnet werden, da die Maßnahme im Jahr 2008 abgeschlossen worden ist. Dahingehend wurden auch nicht die kompletten veranschlagten Erschließungskosten im Jahr 2007 benötigt. Von dem eingebrachten Planansatz mit 110.000 € wurden die anteiligen Erschließungskosten in Höhe von 36.247,02 € neben den bereits geleisteten Leistungen im Jahr 2006, getragen.

Bei den weiteren Erschließungsmaßnahmen bzw. Straßenbaumaßnahmen ging im Jahr 2007 noch eine Schlussrechnung für die Kabelverlegearbeiten im Gewerbegebiet „Fürselben“ mit einem Betrag in Höhe von rund 20.000 € ein.

Die Sanierungsarbeiten in der Tannhalde bzw. Kiefernweg belaufen sich auf ein Abrechnungsergebnis von rund 112.000 €. Diese Maßnahme liegt über dem Planansatz in Höhe von 88.000 €. Der Haushaltsansatz war jedoch für die Fahrbahnsanierung in der Schloßstraße eingestellt. Die Maßnahme Tannhalde/ Kiefernweg wurde jedoch vorgezogen. Da die Maßnahme umfangreicher war als die geplante Maßnahme in der Schloßstraße liegt das Abrechnungsergebnis über dem Planansatz.

Im Bereich der Abwasserbeseitigung ergibt sich ein deutlich höherer Investitionskostenanteil bei der Kläranlage Tuttligen. Der Haushaltsansatz und der Haushaltsausgaberes rest reichten nicht aus. Die abgerechneten Kosten liegen mit einem Betrag in Höhe von 185.796 € deutlich über dem Planansatz einschließlich Haushaltsrest von rund 45.000 €. Verschiedene Maßnahmen konnten auf der Kläranlage Tuttligen deutlich zügiger umgesetzt bzw. abgerechnet werden. Der im Vorfeld angemeldete Investitionskostenanteil lag deutlich unterhalb der benötigten Mittel.

Die Anlegung des Reihengrabfeldes auf dem Friedhof konnte im Jahr 2007 abgeschlossen werden. Das Ergebnis liegt unterhalb des Planansatzes. Es verbleiben Mittel in Höhe von rund 14.000 €

Ebenso erfreulich die Anschaffungen beim Bauhof. Der pauschale Planansatz mit 10.000 € wurde nicht benötigt. Auch die Anschaffungskosten für die Ersatzbeschaffung Holder, den Schneepflug und den Streuer liegen insgesamt um eine Differenz von rund 18.000 € unterhalb des Planansatzes.

Im Zuge der Realisierung des Wohnbaugebietes Riedenstall II wurden auch eine Reihe von Feldwegen instand gesetzt und saniert. Für diese Maßnahme wurde im Haushaltsplan ein Budget in Höhe von 15.000 € eingestellt. Die Maßnahme ist bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht in Rechnung gestellt. Die Mittel werden mit Haushaltsausgaberes rest auf das neue Haushaltsjahr übertragen.

Der Haushaltsansatz für die Veräußerung von Grundstücken mit 370.000 € wurde bisher mit einem Ansatz von 197.000 € nicht erreicht. Korrespondierend damit auch der Erwerb der Grundstücke die ebenfalls unterhalb des Haushaltsansatzes verblieben sind. Im Jahr 2007 konnten größtenteils verschiedene landwirtschaftliche Flächen erworben werden. Der Haushaltsansatz mit 120.000 € wurde nur in Höhe von rund 62.000 € benötigt.

Saldiert erreichte die Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts mit einem Betrag in Höhe von 1.817.158 € ein erfreulich gutes Ergebnis. Aufgrund dieser deutlich höheren Zuführungsrate ergibt sich auch ein deutlich besseres Ergebnis bei der Zuführungsrate zur Allgemeinen Rücklage. Die Allgemeine Rücklage kann um den Betrag in Höhe von 941.197,52 € erhöht bzw. dieser zugeführt werden.

Die Allgemeine Rücklage beläuft sich damit zum Jahresende 2007 auf einen Betrag in Höhe von 1.557.318,26 €

Die Entwicklung der Sonderrücklage verlief entsprechend den Erwartungen. Hinsichtlich des Anlagebestandes ergab sich keine Veränderung. Die Sonderrücklage betrug zu Beginn des Jahres 2007 7.926.879,32 € und auch zum Jahresende belief sie sich auf diesen Bestand. Die Steuerkraft des Jahres 2007 belief sich auf 3.799.179,79 €. Dies entspricht einem Kopfbetrag in Höhe von 990,19 €. Der Vorjahreswert lag bei 760,73 €.

Die Haushaltsreste d.h. die Haushaltseinnahmereste als auch die Haushaltsausgaberesten konnten in den vergangenen Jahren deutlich reduziert werden. Haushaltsreste für den Verwaltungshaushalt wurden nicht gebildet. Die Haushaltseinnahmereste im Vermögenshaushalt belaufen sich auf insgesamt 59.632 €. Zum einen ist nach wie vor der Restzuschuss für das Feuerwehrfahrzeug HLF als Haushaltseinnahmerest in Höhe von 19.632 € eingestellt. Entsprechend dem Bewilligungsbescheid wird diese letzte Rate des Zuschusses im Jahr 2008 bezahlt. Die Maßnahme Riedenstall II wird im Jahr 2008 fertig gestellt bzw. kann dann auch im Jahr 2008 abgerechnet werden. Die Erstattung des Erschließungsträgers in Höhe von 40.000 € wurde im Jahr 2007 nicht vereinnahmt und wird als Haushaltseinnahmerest auf das Jahr 2008 übertragen.

Haushaltsausgabenreste sind in Höhe von insgesamt 88.753 € gebildet worden. Zum einen wurde ein Haushaltsausgabereist in Höhe von 73.753 € für die Restzahlung der anteiligen Erschließungsbeiträge auf das Jahr 2008 übertragen. Darüber hinaus wurde, wie dies bereits ausgeführt wurde, die Rechnungsstellung für die Instandsetzung der Feldwege nicht gestellt. Der Haushaltsansatz in Höhe von 15.000 € wird daher auf das neue Haushaltsjahr übertragen.

Neben dem allgemeinen Haushalt verliefen auch die Einnahmen und Ausgaben im Eigenbetrieb Wasserversorgung planmäßig. Der Erfolgsplan Wasserversorgung schließt im Jahr 2007 mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 223.717,70 € ab. Damit liegt der Erfolgsplan leicht über dem Planansatz in Höhe von 219.400 €. Der Vermögensplan beinhaltete verschiedene Maßnahmen. Im Jahr 2007 wurde die Sanierung des Tiefbrunnens II, d.h. Zwillingsbrunnens durchgeführt und das Förderergebnis entspricht voll den Planungen. Das angestrebte Ergebnis konnte vollständig erreicht werden und der Haushaltsansatz mit 30.000 € wurde um einen Betrag von rund 1.900 € überschritten. Dahingehend wurden die anderen Haushaltsansätze mit einer Gesamtsumme von rund 30.000 € nur zu einem sehr geringen Anteil benötigt. Im Jahr 2007 wurde auch das Gutachten hinsichtlich der Durchführung und Realisierung einer künftigen Rohwasseraufbereitung in Auftrag gegeben bzw. zum größten Teil erstellt.

Hinsichtlich der weiteren Darstellung der Ergebnisse bzw. Erläuterung wird auf den Rechenschaftsbericht der Sonderrechnung Wasserversorgung verwiesen.

Abschließend kann wieder festgestellt werden, dass im Jahr 2007 eine Reihe von Maßnahmen innerhalb der Gemeinde Wurmlingen umgesetzt, realisiert und auch zum allergrößten Teil abgerechnet werden konnten. Außerhalb des Haushaltes wurde auch das Wohnbaugebiet Riedenstall II realisiert. Mit den Bauarbeiten wurde zügig im Frühjahr 2007 begonnen. Die Fertigstellung dieser Erschließungsmaßnahme war für April/ Mai 2008 angestrebt.

Während des gesamten Jahres 2007 war die Gemeinde Wurmlingen schuldenfrei. Zins- und Tilgungsleistungen waren im gesamten Haushaltsjahr 2007 nicht notwendig.

Die Gemeindekasse war während des Jahres 2007 stets liquide. Rücklagenmittel und nicht benötigte Kassenmittel wurden zinsbringend auf einem Geldmarktkonto, einem Zuwachssparkonto oder auch auf verschiedenen Festgeldanlagen angelegt. Darüber hinaus betrug der Anlagebetrag beim Deka Fonds 7.929.879,32 €. Die Zinseinnahmen im Haushaltsjahr 2007 beliefen sich auf 312.494,68 €.

Die Kassenaußenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr mit 332.286,60 € nochmals erhöht und betragen zum Jahresende 471.069,02 €. Wie in den Vorjahren entfallen ein Großteil dieser Summen auf stichtagsbezogene Haushaltsansätze. Die wesentlichen Beträge gehen auf die Grundsteuer B mit 23.782,26 €, die Gewerbesteuer mit 56.954,60 € und der Rate des Einkommenssteueranteils mit 36.479,35 € im Einzelplan 9 zurück. Weiter größere Positionen sind die Außenstände bei den Holzerlösen mit 52.993,65 € und der Zinseinnahmen aus dem Fond mit 282.455,24 €. Die Außenstände sind zwischenzeitlich größtenteils ausgeglichen und saldiert. Die weiteren Außenstände, saldiert um die o.g. Positionen belaufen sich auf 18.403,92 € und bewegen sich damit in einem als sicherlich gut zu bezeichnenden Bereich.

In seinem abschließenden Resümee zeigt sich Bürgermeister Schellenberg mit dem Rechnungsergebnis 2007 sehr zufrieden. Man habe zum einen wieder wichtige Investitionen tätigen und Aufgaben erfüllen können. Zum anderen habe es diese positive Einnahmen- und Haushaltsentwicklung ermöglicht, wieder eine erfreuliche Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt zu erwirtschaften und somit auch die allgemeine Rücklage wieder spürbar aufzubessern. Beruhigt könne die Gemeinde deshalb auch die bevorstehenden Aufgaben angehen, die durch bereits getroffene Weichenstellungen ihren Schwerpunkt im Bereich Schule und Bildung und der Kleinkindbetreuung haben werden. Ausgaben- und Kostensteigerungen im Energiesektor, politisch immer höher geforderte Standards und auch sonstige wirtschaftliche Entwicklungen sowie den Kommunen zunehmend von Bund und Land zugewiesenen neue Aufgaben und deren Finanzierung müssten jedoch auch weiterhin aufmerksam und kritisch beobachtet und im Ausgabeverhalten der Gemeinde bedacht und berücksichtigt werden.

Nach ausführlicher Erläuterung der verschiedenen Haushaltsstellen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes stellt der Gemeinderat schließlich das Ergebnis der Jahresrechnung 2007 einstimmig fest und genehmigt, soweit nicht schon in früheren Entscheidungen geschehen, noch die über- und außerplanmäßigen Ausgaben dieses Haushaltsjahres.

Der stellvertretende Bürgermeister Rainer Honer nimmt am Ende der Beratung die Gelegenheit wahr, sich beim Bürgermeister und der Verwaltung für die Ausarbeitung und Vorlage dieses umfangreichen Zahlenwerkes und die geleistete gute und effektive Arbeit über das ganze Jahr hinweg zu bedanken.

3. Feststellung des Jahresabschlusses der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2007

Die Sonderrechnung Wasserversorgung wurde von der Steuerberatungsgesellschaft KOBERA auftragsgemäß zum 31.12.2007 abgeschlossen. Das Wirtschaftsjahr schließt danach mit einer Bilanzsumme von 783.310,29 € (Vorjahr 774.111,04 €).

Die Gewinn und Verlustrechnung ergibt einen Gewinn von 30.318,87 € (Vorjahr Verlust von 18.969,80 €).

Die Einnahmen liegen mit 223.717,70 € um rund 7.300 € über dem Vorjahresergebnis. Dies resultiert hauptsächlich aus höheren Umsatzerlösen (Anhebung Wasserzins um 0,05 €/m³ bei weiterhin rückläufigem Verbrauch von rund 154.600 m³ gegenüber 156.570 m³ in 2006, 160.539 m³ in 2005 und 165.970 m³ in 2004).

Auf der Ausgabenseite haben sich die laufenden Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr per Saldo um rund 9.300 € auf insgesamt 193.398,83 € reduziert. Bei nahezu unverändertem Materialaufwand und sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergeben sich geringe Aufwendungen bei den kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen) durch aktivistische notwendigen Absetzungen. Gewisse Abweichungen ergeben sich in verschiedenen Einzelpositionen, die sich jedoch insgesamt wieder zum oben genannten Ergebnis ausgleichen. So reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr die Aufwendungen für Strom durch

geringere Pumpenförderung um rund 5.500 € sowie für die Unterhaltung des Leitungsnetzes um rund 8.000 € Hingegen gab es Mehraufwendungen bei den Wasseruntersuchungen mit rund 3.300 € der Unterhaltung der Tiefbrunnen mit rund 3.600 € sowie des Hochbehälters mit rund 7.000 €

Der Wasserverlust, sprich die Differenz zwischen geförderter und verkaufter Wassermenge, ist gegenüber den hohen Werten der Vorjahre (2005: 42%, 2006: 36,9%) auf 31,4% zurück gegangen. Durch die Aufspürung einiger Undichtigkeiten und Behebung von Rohrbrüchen ist der minimale Nachtverbrauch jedoch seit längerem wieder auf einem sehr guten und niedrigem Niveau. Deshalb kann eine weitere Reduzierung der Wasserverluste erwartet werden.

Im Vermögensplan sind im investiven Bereich die Sanierung des Tiefbrunnens II mit einem Nettoaufwand von rund 26.800 € zu nennen.

Über die Behandlung des Jahresgewinnes bzw. Verlustes hat der Gemeinderat zu entscheiden. Bisher wurden die aufgelaufenen Gewinne stets zur Deckung künftiger Verluste vorgetragen bzw. frühere Verluste getilgt. In diesem Jahr steht ein solcher Gewinnvortrag in Höhe von 30.318,87 € zur Verfügung.

Empfohlen und einstimmig beschlossen wurde deshalb, den diesjährigen Gewinn insbesondere mit Blick auf die geplante Erneuerung der Hauptleitung im südlichen Teil der Schloßstraße auf neue Rechnung vorzutragen.

Einstimmig stellte der Gemeinderat abschließend auch den Jahresabschluss der Wasserversorgung wie vorgelegt fest. Ebenso einstimmig wurde der Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Betriebsleiter der Wasserversorgung Wurmlingen entlastet.

4. Gutacherausschuss Wurmlingen

In seiner Sitzung vom 14.09.2008 hat der Gemeinderat die Besetzung der verschiedenen Ausschüsse, unter anderem auch des Gutachterausschusses, vorgenommen. Gemäß der Verordnung der Landesregierung über die Gutachterausschüsse, Kaufpreissammlungen und Bodenrichtwerte nach dem Baugesetzbuch (Gutachterausschussverordnung) vom 11.12.1989 und hier § 2 werden die Gutachter auf 4 Jahre bestellt. Nach der Bestellung der bisherigen Mitglieder des Gutachterausschusses für die Zeit vom 15.09.2004 bis einschließlich 14.09.2008 ist über die Besetzung des Gutachterausschusses neu zu entscheiden.

Bei dem Gutachterausschuss handelt es sich um einen beschließenden Ausschuss, der aus dem Vorsitzenden und 2 Mitgliedern besteht. Bisher wurden neben dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter 3 weitere Gutachter bestellt, die turnusgemäß zum Einsatz kamen. Es wurde vorgeschlagen, dies wie in der Vergangenheit auch beizubehalten und insgesamt 5 Personen (3 von der CDU, 2 von der SPD) zu benennen. Entsprechend der bisherigen Praxis, schlagen die Fraktionen die jeweiligen Mitglieder vor. Es ist folgender Vorschlag eingegangen:

Gutachterausschuss:

Max-Ernst Kunz (SPD) (Vorsitzender)
Herbert Biedermann (CDU) (Stellv. Vorsitzender)
Christoph Gruler (CDU)
Norbert Eppler (SPD)
Norbert Bacher (CDU)

Ergänzend hat der Gutachterausschuss bei der Feststellung von Bodenrichtwerten Vertreter des Finanzamtes hinzuzuziehen. Von Seiten des Finanzamtes Tuttlingen wurde Herr Oberamtsrat Bruno Faude und als Stellvertreterin Steueramtsinspektorin Brigitta Ries benannt.

Ohne weitere Diskussionen wurde diesem Vorschlag aus den Reihen des Gemeinderats einstimmig zugestimmt.

5. Regionalplanfortschreibung „Großflächiger Einzelhandel“

- Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gem. § 12 Abs. 2 LplG

In der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Schwarzwald-Baar-Heuberg wurde in der Sitzung am 04.07.2008 beschlossen das Verfahren zur Beteiligung der öffentlichen und privaten Planungsträger gem. § 12 Abs. 2, sowie der Öffentlichkeit für die Regionalplanfortschreibung „Großflächiger Einzelhandel“ einzuleiten. Diese Fortschreibung beinhaltet im Wesentlichen, die Flächenausweisung der Standorte für Einkaufszentren und großflächige Einzelhandelsbetriebe. Diese Einkaufszentren und großflächigen Einzelhandelsbetriebe sind grundsätzlich in der Regel nur in Ober-, Mittel- und Unterzentren zulässig. Dabei werden auch die regional bedeutsamen großflächigen Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten Gebieten zugeordnet und diese Gebiete scharf abgegrenzt.

Zum einen soll damit die städtebauliche Entwicklung und Ordnung und die Funktionsfähigkeit der Stadt- bzw. auch Ortskerne sowie die verbrauchsnahe Versorgung der Bevölkerung berücksichtigt bzw. nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Darüber hinaus ist es aber auch möglich, dass in kleineren Gemeinden, Märkte entstehen können, die zur Abdeckung der Grundversorgung dienen.

Die Gemeinde Wurmlingen ist von dieser Regionalplanfortschreibung nicht nachteilig betroffen.

Die Mitglieder des Gemeinderats nahmen die Regionalplanfortschreibung zur Kenntnis und stimmten dieser einstimmig zu.

6. Park & Ride Parkplätze beim Haltepunkt Wurmlingen Mitte

- Vergabe der Arbeiten

In der Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2008 wurde die Planung der Park & Ride Parkplätze beim Bauhof/Feuerwehrmagazin und der Verbindungsweg zur Ringzughaltestelle Wurmlingen Mitte vorgestellt. Der Gemeinderat hat dabei der Planung zugestimmt und das Ingenieurbüro Breinlinger beauftragt die Ausschreibung vorzubereiten.

Wesentliche Zielsetzung dieser Park & Ride Plätze bzw. des Verbindungswegs ist es die Parksituation am Haltepunkt Wurmlingen Mitte insbesondere in der Talheimer Straße und auch im Bereich des Feuerwehrmagazins und des Bauhofs zu verbessern und andererseits den vorhandenen „Trampelpfad“ parallel zum Bahnkörper zu „kanalisieren“ und so mehr Sicherheit insbesondere für Schülerinnen und Schüler zu erreichen.

Die Arbeiten wurden zwischenzeitlich im Staatsanzeiger ausgeschrieben. Insgesamt sind daraufhin 5 Angebote eingegangen.

Günstigster Anbieter war hierbei die Firma SKS Bau Steißlingen. Einstimmig wurde der Auftrag an die Firma SKS zum Angebotspreis von 81.412,02 €übertragen. Die Maßnahme wird aus Mittel des Landessanierungsprogramms gefördert.

7. Erstellung von bedarfsorientierten Energieausweisen für gemeindeeigene Gebäude **- Auftragsvergabe**

Vor dem Hintergrund einer EU-Richtlinie über die Gesamteffizienz aus dem Jahre 2002 ist die neue Energieeinsparungsverordnung zum 01.10.2007 in Kraft getreten. Ein wesentliches Erweiterungselement der EnEV 2007 ist die Erstellung von Energieausweisen und deren Aushang bei öffentlichen Gebäuden.

Dies hat zur Konsequenz, dass die Gemeinde für gemeindeeigene Gebäude solche bedarfsorientierten Energieausweise anzufertigen hat. Damit ergeben sich für die Gemeinde folgende Umsetzungszeitachsen

- zum 01.07.2008 wird der Energieausweis für „Wohngebäude der Baufertigstellungsjahre bis 1965“ eingeführt und erforderlich.
- bis zum 01.10.2008 besteht Wahlfreiheit zwischen den bedarfsorientierten und den verbrauchsorientierten Energieausweisen.
- zum 01.01.2009 wird die Ausweispflicht auf nach 1965 errichtete Wohngebäude ausgeweitet.
- ab 01.07.2009 müssen auch für bestehende Nichtwohngebäude Energieausweise erstellt werden.

Ausstellen dürfen Energieausweise Architekten, Ingenieure, Techniker, Handwerksmeister und Bauvorlageberichtigte, die sich für die Ausstellung von Energieausweisen durch eine Aus- und Fortbildung qualifiziert haben. Auch Energieberater, die berechtigt sind vom Bund geförderte Energieberatungen zu geben und in der sogenannten BaFA-Liste stehen, sowie qualifizierte Energiefachberater des Baustoffhandels können offiziell einen Energieausweis erstellen.

In der technischen Ausschusssitzung vom 24.01.2008 wurde diese Thematik beraten und dabei die Empfehlung ausgesprochen, für sämtliche Gebäude der Gemeinde, unabhängig von der zeitlichen Staffelung bedarfsorientierte Energieausweise anzufertigen.

Die Gemeindeverwaltung hat daraufhin verschiedene Angebotsfragen veranlasst. Insgesamt handelt es sich um folgende 16 gemeindeeigene Gebäude.

1. Hauptschule, Schulstraße 10
2. Grundschule, Schulstraße 12
3. Schloß, Schulstraße 8
4. Werkraum, Schulstraße 8a
5. Musikerheim, Schulstraße 8b
6. Vogtey, Schulstraße 5
7. Schloß-Halle, Schloßstraße 26
8. Wohnhaus, Obere Hauptstraße 10
9. Wohnhaus, Römerweg 10
10. Wohnhaus, Untere Hauptstraße 29
11. Sportheim-Umkleidekabine, Schloßstraße 62
12. Aussegnungshalle, Obere Hauptstraße 43
13. Elta-Halle, Frauenwiesen 1
14. Rathaus, Obere Hauptstraße 4
15. Bauhof, Heinrich-Honer-Straße 1
16. Markant-Markt; Obere Straße 6 (Erdgeschoss)

Von 4 Angebotsanfragen sind 2 Angebote bei der Gemeindeverwaltung eingegangen. Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen bedarfsorientierte Energieausweise zu erstellen, und

dem wirtschaftlichsten Angebot mit 17.872,85 € das vom Architekturbüro Munz, Wurmlingen unterbreitet wurde den Zuschlag zu geben.

8. Musikerheim, Gebäude Schulstraße 8b

- Beauftragung der Architekturleistungen

- Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 14.07.2008 den vorgestellten Sanierungsmaßnahmen bzw. Sanierungsschritten für das Gebäude Schulstraße 8b d.h. Musikerheim die Zustimmung erteilt.

Für die Sanierung sind entsprechende planerische Arbeiten bzw. Bauleitungsaufgaben und Ausschreibungstätigkeiten erforderlich. Für diese Arbeiten wurde ein entsprechender Honorarvorschlag beim Architekturbüro eingeholt. Daraufhin wurde das Architekturbüro Munz mit den planerischen Arbeiten, einschließlich der Bauleitung für die Sanierung beauftragt.

Zwischenzeitlich wurden die weiteren Planungen und Ausschreibungen getätigt. Ebenso die Abstimmungen mit den Vereinen, der Konzenbergschule als auch dem Landesdenkmalamt und dem Regierungspräsidium Freiburg hinsichtlich der Förderung.

Nach Klärung von weiteren Details konnten die Arbeiten ausgeschrieben werden. Auf Basis der Submission vom 25.09.2008 werden die einzelnen Gewerke aufbauend auf dem wirtschaftlichsten Angebot an die ausführenden Firmen vergeben. Die Gesamtkosten der Sanierungsarbeiten belaufen sich auf insgesamt 59.147,98 €

Die Arbeiten wurden wie folgt vergeben:

1. Zimmerarbeiten, Firma Marquardt, Talheim (15.588,02 €)
2. Putz- und Stuckarbeiten, Firma Bacher, Wurmlingen (16.068,39 €)
3. Fliesenarbeiten, Firma Bedon, Wurmlingen (4.228,70 €)
4. Tischlerarbeiten, Firma Benk, Tuttlingen (6.281,89 €)
5. Malerarbeiten, Firma Haag, Rietheim-Weilheim (3.556,67 €)
6. Bodenbelagsarbeiten, Firma Hipp, Tuttlingen (4.158,31 €)
7. Strassen, Weg, Plätze, Firma Hauser, Wurmlingen (5.415,10 €)

9. Erteilung des Einvernehmens zu Bauanträgen

Insgesamt 5 Bauvorhaben lagen dem Gemeinderat vor, denen jeweils die Zustimmung und das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde.

- Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück Veilchenweg 3
- Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück Tulpenweg 4
- Neubau einer Garage auf dem Grundstück Rietheimer Straße 20
- Nachtragsgenehmigung eines veränderten Holzschuppens und Abstellraumes auf dem Grundstück Talheimer Straße 22
- Nachtragsgenehmigung einer veränderten Ausführung beim Neubaueiner unterkellerten Garage und Überdachung des angrenzenden Stellplatzes samt Fertiggarage auf dem Grundstück Untere Hauptstraße 22

10. Verschiedenes

Unter Verschiedenes informierte Bürgermeister Schellenberg, dass die Arbeiten an der Hackschnitzelanlage zügig vorankommen. Die Inbetriebnahme dieser neuen Anlage ist für die 41 Kalenderwoche d.h. ab dem 06.10.2008 geplant.

Dieses Vorhaben soll auch mit einem „Tag der offenen Tür“ am 15.11.2008 der Bevölkerung vorgestellt werden.

Der Gemeinderat nimmt dies erfreut zur Kenntnis.

11. Anfragen

Bauschild Neubaugebiet „Riedenstall“

Aus den Reihen des Gemeinderats wurde auf ein Bauschild im Neubaugebiet Riedenstall II hingewiesen, deren Standsicherheit unzureichend ist. Die Firma soll informiert und aufgefordert werden dies zu entfernen.

Fahrbahnmarkierung Obere Straße

Die Fahrbahnmarkierungen in der Oberen Straße und der Ortsmitte sind zum Teil in einem nicht mehr besonders guten Zustand bzw. abgenutzt. Dies ist der Verwaltung bereits bekannt und vorgemerkt. Die Markierungsarbeiten sollen im Frühjahr 2009, sobald es die Witterungsverhältnisse zulassen, ausgeführt werden.

Pflastersteine Weißdornweg

Hingewiesen wurde darauf, dass sich im Weißdornweg Fugen von Pflastersteinen gelöst haben. Bürgermeister Schellenberg sicherte die Überprüfung des Schadens zu.

Verlängerungsweg Nelbling

Angefragt wurde abschließend noch nach Ausbesserungsarbeiten auf dem Wiesenweg vom Nelbling in Richtung Spinnfabrik. Bürgermeister Schellenberg informierte, dass der Zustand dieses Weges bekannt sei. Es sei vorgemerkt, sobald geeignetes kostenneutrales Material zur Verfügung stehe, werde der Zustand des Weges in vertretbarem Aufwand verbessert.

Nach dem sich aus den Reihen des Gemeinderates keine weiteren Anfragen mehr ergaben, konnte der Vorsitzende schließlich die öffentliche Sitzung nach 2 Stunden beenden. Eine kurze nichtöffentliche Sitzung schloss sich noch an.